

# B R I V

Erscheint monatlich 2 mal  
zum 15. und 1. des Mts.

Organ des  
**Bundes revolutionärer Industrie-Verbände**

Einzel-Nummer 10 Pfg.  
Vierteljahresabonnement  
durch die Post 90 Pfg.

15. Juni 1932

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Max Schmidt, Berlin SO 16, Brückenstr. 8 II  
Telephon F7 Jannowitz 2582 und 0438.

5. Jahrgang Nr. 12

## Sturmzeichen

### Schließt die Front, ehe es zu spät ist!

Die politischen Ereignisse der letzten Wochen in Deutschland, die dem Volke von Hindenburg vorge-setzte Regierung Papen-Schleicher geben auch denen, die sich im allgemeinen wenig um das politische Ränke-spiel bekümmern, einen vortrefflichen Anschauungs-Unterricht über den Wert der deutschen Reichsverfas-sung, in der es so schön heißt: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Hier wird dem Volke der deutschen — angeblich freiesten — Republik klargemacht, daß dort, wo das Kapital herrscht, dasselbe durch seine ausführenden Organe, als da sind Justiz, Polizei, Mil-itär und Kirche, die für die Erhaltung des kapitalisti-schen Ausbeutungssystems notwendige Gewalt ausübt, und das demokratische Schild des Parlaments nur so lange gewahrt wird als es den Interessen der Macht-haber dient.

In dem heutigen tosenden Strudel der kapitalisti-schen Krise mußte daher eine Regierung Brüning trotz sozialdemokratischer Hilfe dem Kapitalismus nicht mehr genügen, da für die ausschlaggebenden Kapitals-gruppen dieser Zentrumsmann Brüning nicht den Wil-len der eisernen Konsequenz aus der politischen Neu-formierung der bürgerlichen Schichten unter dem Haken-kreuz aufbrachte und es wagte, gegen die Hilfstruppen des Kapitals, die dasselbe für seine politischen Zwecke großgezogen, Stellung zu nehmen durch das Verbot der SA. und SS.

Dadurch entzogen die Kapitalismachthaber ihrem staatspolitischen Geschäftsführer das Vertrauen und ließen die Staatsgewalt von der Generalität ausgehen. Diese schoben durch ein hinter den Kulissen betriebenes Ränkespiel die bis dato als ausführenden Organe des Kapitals Dienenden beiseite und setzten Generäle, Frei-herren und Barone an ihre Stelle.

Die Militärdiktatur trat ihre Herrschaft als Auf-traggeber des Kapitals an. Mit Recht schreibt die französische Zeitung „Le Matin“: „Die Auffassung des Generals von Schleicher und seiner Freunde, daß die Interessen des Heeres, die mit denen des Landes ver-bunden sind, nicht durch die Willkür einer vermeint-lichen Wählermehrheit preisgegeben werden dürfen, zeigt wohin das parlamentarische Gefüge des deutschen Staatswesens gekommen ist und was von der Reichs-verfassung noch übrig geblieben ist.“

Der Ausspruch von Schleicher, des jetzigen Reichs-wehrministers, daß er nur mit dem Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg und dem Reichs-kanzler von Papen zusammenarbeiten wird, zeigt, daß dieser der eigentliche Diktator der deutschen Republik ist, und daß die parlamentarischen Minister nicht über, sondern unter der Armeeführung stehen; denn seit dem Tage, an dem Deutschlands erster Reichspräsident Friedrich Ebert den aus Spaan anrufenden Generalen die Antwort erteilte „einen Augenblick, ich verbinde sofort“ wurde in de facto die deutsche Republik mit der monarchistischen Generalität verbunden.

Dieser Verbindung des geheimen Drahtes zwischen Reichskanzler und großem Hauptquartier, zwischen Friedrich Ebert und General Groener, verdanken wir den Dolchstoß der Konterrevolution, der Reaktion gegen die aufbäumenden revolutionären Massen im Jahre 1918, das Niederschlagen des Proletariats in seinem Kampfe gegen die Reaktion. — Damit war der Weg freigemacht zu der heutigen politischen Gestaltung der deutschen Republik.

Solche geheimen Drahtverbindungen haben Gro-ner, Brüning und mit ihnen die gesamte Eisernen Hinde-nburg-Front zu Fall gebracht, stehen blieb nur der Gene-ralfeldmarschall, der nach den Wahlparolen dieser Eisernen Front der Wall gegen den Faschismus sein sollte, der in den Flugblättern, Plakaten und in den Wahlversammlungen der Eisernen Front der Retter gegen faschistische Diktatur, für Erhaltung der Demo-kratie sein sollte. — Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler — war das Losungswort. Ihr Millionen frei-gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, habt ihr nicht

noch vor 14 Tagen in euren Gewerkschaftsblättern ge-lesen:

„Weitere politische Großkämpfe stehen noch bevor. Werdet nicht müde. Stärkt weiter die Reihen der Eiser-nen Front!“ Und jetzt hat derjenige, um dessen Wahl diese Eisernen Front geschaffen wurde, diese Front selbst zerschlagen und Männer zu seiner Beratung in die Regierung entsandt, die darauf bedacht sind, den Nazis das Nest zurechtzumachen.

Hoffentlich bringt diese schallende Ohrfeige den Wählermassen der Eisernen Front die Erkenntnis, daß sie elendiglich von ihrer Führerschaft betrogen wurden, daß sie unbewußt mitgeholfen haben an der Errichtung der Generalsdiktatur, die das Sprungbrett ist zur Er-richtung der offenen Macht des Faschismus in Deutsch-land.

### Jedes

Mitglied des Verbandes muß immer daran denken, daß die Gewerkschaften Organisationen sind, die auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit beruhen. Der Verband wahrt die wirt-schaftlichen, sozialen und geistigen Interessen seiner Mit-glieder. Das kann er aber nur, wenn jedes

### Mitglied

wiederrum seine gewerkschaftlichen Pflichten erfüllt: Regel-mäßige und richtige Beitragsleistung, rege und aktive Teil-nahme am Verbandsleben und eifrige Werbearbeit, um der Organisation neue Anhänger zu gewinnen. Jeder, auch

### ein

noch so geringer Erfolg in der Agitation stärkt und befestigt den Damm, den wir gegen die Sturmflut und Angriffe der Unternehmer errichten müssen. In der gegenwärtigen furcht-baren Wirtschaftsnot ist die Kampforganisation der einzige Schutz. Stärke sie! Führe ihr neue Kämpfer zu! Kein Tag ohne Werbearbeit! Jedes Mitglied sei ein eifriger

### Agitator!

Hoffentlich erkennen die Wählermassen der SPD. und der freien Gewerkschaften nun endlich, daß die Politik des „kleineren Übels“ wie eine überreife Eiter-beule geplatzt ist und mitschuldig ist an dem Erstarken des Faschismus in diesem Ausmaß.

Noch vor kurzer Zeit bemühten sich die Führer der SPD. alles zu schlucken was die kapitalistischen Macht-haber durch Brüning verlangten, als da sind Arbeits-dienstpflicht, weiterer Abbau der Löhne und Sozialver-sicherungen und bereit waren, durch Anhängen ihrer Kriegsorden ihre hundertprozentige nationalistische Zuverlässigkeit zu dokumentieren.

Es ist notwendig zu erkennen, daß die außerparla-mentarischen Machtmittel des Kapitals tausendfach stär-ker sind als die Papphämmer der Eisernen Front und daß auch die Arbeiterklasse diese Machtmittel anwenden muß, wenn sie den Gegner schlagen will.

Schon Brüning mußte in seiner letzten Rede im Reichstag aussprechen, daß die Krise in den nächsten Wochen und Monaten auf der ganzen Welt so ungeheure Ausmaße annehmen wird, daß kein Land einen Ausweg findet. Damit gab er zu, daß die kapitalistische Klasse nur einen Ausweg kennt — die Barbarei: Eine Aera der noch schärferen Ausbeutung wird das deutsche Pro-letariat erfahren von den neuen Männern der Regie-rung, über deren frühere Tätigkeit ausführlicher zu sprechen man durch eine amtliche Verwarnung ver-meiden will. Doch ist aus dem von ihnen herausgegebenen Aktionsprogramm ersichtlich, worin sie atheistisch-marxistisches Denken, welches angeblich die christ-lichen Kräfte des Staates zu viel geduldet haben, im neuen Deutschland (im Dritten Reich) verhindern wer-

den und nur auf der Grundlage der christlichen Welt-anschauung Deutschland von ihnen aufgebaut werden soll. Gerade von diesen Männern eine christliche Welt-anschauung verlangen, heißt den Teufel mit Beelzebub austreiben. In ihrem Programm wird von neuen Not-maßnahmen gesprochen, d. h. neue Lasten auf die Mas-sen der Werk tätigen abwälzen.

Der neue Reichsinnenminister Freiherr von Gayl hat diesbezüglich den Entwurf einer neuen Notverord-nung fertiggestellt, wonach alle bisherigen politischen Notverordnungen aufgehoben, d. h. das SA- und SS-Verbot, das Uniformverbot aufgehoben werden und diese unter das Kontrollrecht des Reichswehrministers gestellt werden soll.

Damit werden diese Nazihorden erneut in Uniform auf die Arbeiterklasse losgelassen, werden sie offiziell zu einer Schutzgarde der Regierung ernannt, die zur Niederschlagung des Proletariats dient, während man proletarische Abwehrorganisationen wie den früheren RFB. weiter verboten hält und alle nicht national den-kenden Organisationen verbieten will.

Die Einbeziehung der Nazis in die Regierung wird dadurch zur logischen Gewißheit.

Schon berichteten Zentrumsblätter, daß Verabredun-gen in dieser Hinsicht mit Hitler getroffen sind, wo-nach diesem Preußen ausgeliefert werden soll. Man wird dann nicht müßig sein, um die alleinige Diktatur in Deutschland aufzurichten.

Die Wahlen in Oldenburg, Mecklenburg geben den Nazis die polizeiliche Macht in die Hand. In Preußen wird diese Regierung ebenfalls dafür Sorge tragen. Einige Blätter melden bereits von einem Verbot aller Freidenker-Organisationen, aller pazifistischen Bewe-gungen, der kommunistischen Jugendbewegung — daß man nur noch nationale Organisationen dulden wird.

Schwarze Reaktion und nationalistischer Unver-stand schießt sich an, in Deutschland die Barbarei her-beizuführen.

Die Regierung Papen-Schleicher wird neue Lasten auf die Werk tätigen abwälzen. Durch Notverordnung soll der weitere Abbau der Erwerbslosen-Unter-stützung der Alters- und Invalidenrenten erfolgen, soll eine Beschäftigtensteuer eingeführt, Krisen- und Bür-gersteuer verlängert werden.

Der Reichstag ist aufgelöst, am 31. Juli sollen Neu-wahlen erfolgen. Die nationalsozialistische Basis, die dadurch geschaffen werden soll, ähnlich wie in Braun-schweig, Oldenburg und Mecklenburg, soll die äußere Form der Einbeziehung der Hakenkreuzler, auch in die Reichsregierung, sein.

Machtkonzentration ist das Gebot der Stunde für das um seinen Fortbestand bangende Kapital, daher das Drängen zur Zusammenfassung der wirtschaftlichen und militärischen Macht.

Machtkonzentration ist daher auch die Pflicht des Proletariats in dieser Stunde, wo es um Sein oder Nicht-sein geht.

Machtkonzentration bedingt die Zusammenschwei-bung aller proletarischen Kräfte unter Zurückstellung ihrer organisatorischen Gegensätze, unter Ausschaltung von Prinzipienreitereien, vereint zu dem einen Prinzip den Faschismus abzuwehren, bereit zum überpartei-lichen antifaschistischen Kampf.

Als Klassengenossen, ganz gleich ob Kommunisten, Sozialdemokraten, Trotzlisten, Leninisten, KPO- oder SAP-Anhänger, Syndikalisten, Industrie-Verbänder, Freigewerkschaftler oder christlich Organisierte, darf es in dieser Stunde der höchsten Gefahr keine Trennung mehr geben, in dem Kampfe gegen den Feind, der uns in die Barbarei zurückschlagen will.

Der von den Führern der SPD. propagierte Ge-danke, laßt die Nazis sich abwirtschaften, bedeutet Aus-lieferung an den Faschismus, bedeutet Untergang. Auch der Bruderkampf der KPD. gegen alle, die sich ihr nicht unterordnen wollen, die nicht linientreu sind, muß aufhören!

Betrachten wir alle Ausgebeuteten als eine Klasse und vereinen wir uns ohne Unterschied der Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit als Klasse gegen den alle freiheitlichen Regungen unterdrückenden Faschismus. Zwingt die Führer zur Verständigungsaktion des gesamten Proletariats ehe es zu spät ist.

Der Gegner handelt!  
Seien wir daher bereit, wenn der Ruf erschallt, zu stehen unseren Mann!

# Industrie-Verband für das graphische Gewerbe

## Wie die Reichsverfassung ausgelegt wird

In Münster in Westfalen wurde einem Schriftsetzer bei dem Münsterischen Anzeiger (katholische Tageszeitung) gekündigt, weil die Firma in Erfahrung gebracht hatte, daß dieser Schriftsetzer der Gottlosenbewegung angehört. Der Setzer klagte auf Wiedereinstellung und berief sich vor dem Arbeitsgericht auf § 118 der Reichsverfassung, wonach jeder Deutsche das Recht hat, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild und in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Recht darf ihn kein Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er vor diesem Recht Gebrauch macht.

Das Arbeitsgericht erkannte demgemäß auch auf Wiedereinstellung. Die Firma erhob hiergegen Einspruch beim Landesarbeitsgericht. Dieses verwarf das Urteil des Arbeitsgerichtes mit folgender Begründung:

„Ist bei Beamten das Recht der freien Meinungsäußerung durch den Beamten-Dienstvertrag zulässigerweise eingeschränkt, so ist nicht einzusehen, weshalb nicht der Dienstvertrag des nichtbeamteten Arbeitnehmers die gleiche Wirkung haben sollte, denn diese Wirkung ergibt sich für den Beamten aus dem Unterwerfungsverhältnis, ist aber von dem Anordnungsverhältnis des privaten Arbeitnehmers nicht generell, sondern graduell verschieden, insofern, als die Anordnung des Beamten eine noch festere, noch straffere als die des Arbeiters und Angestellten ist, daß aber die Anordnungspflicht des Arbeiters und Angestellten besteht, kann füglich nicht bestritten werden.“

Die Betriebsverbundenheit wirkt sich nicht nur aus auf das Verhalten des Arbeitnehmers während der Arbeit, sondern auch auf seine Einstellung zu dem Betriebe im Privatleben, hier freilich nicht durch Begründung positiver Verpflichtungen, sondern nur in negativen Unterlassungsverpflichtungen, die eben dahin gehen, alles zu unterlassen, was die Erreichung des Betriebsziels gefährden könnte.“

Mit dieser Begründung spricht sich das Landesarbeitsgericht offen für eine Leibeigenschaft und für Aufhebung der Reichsverfassung aus, denn wenn es dem Unternehmer überlassen ist, jeden, der sein Betriebsziel gefährdet, zu entlassen, so sind ihm Tür und Tor geöffnet, jeden, der einer Gewerkschaft oder Partei oder einer sonstigen Arbeiterorganisation angehört, zu entlassen, da es im Widerspruch zur Anordnung des Arbeitnehmers insofern steht, als diese ein Widerspruch zu den Profitinteressen des Arbeitgebers ist.

So weit haben wir es also schon in der republikanischen Gerichtsbarkeit gebracht.

## Lohnraub in Zellstoff und Papyrus

Mannheim. Durch Anschlag am Schwarzen Brett gaben die Direktionen beider Werke (Belegschaftsstärke 2500 Mann) bekannt, daß die soziale Zulage pro Familienmitglied und Woche von 1,08 RM in Wegfall komme. Zugestehen könne die Firma nur noch einen halben Pfennig pro Stunde, also bei 48stündiger Arbeitszeit 24 Pfennig die Woche. Wer damit einverstanden sei, könne weiterarbeiten, und wer nicht, dem sei hiermit gekündigt.

Es ist klar, daß dieser brutale Lohnraub — bei manchem Arbeiter macht es 3, 4, 5 und mehr RM die Woche aus — eine ungeheure Empörung hervorrief. Eine Belegschaftsversammlung beider Werke nahm hierzu Stellung. Vier Gewerkschaftsbürokraten waren aufgeföhren, um zu beschwichtigen. Der Betriebsratsvorsitzende der Zellstoff erging sich in radikalen Phrasen und meinte, es müsse dagegen gekämpft werden. Einen praktischen positiven Vorschlag machte er nicht. Dem Vertreter des BRIV. verweigerte er das Wort mit dem Hinweis, er würde sonst entlassen, wenn er einem Betriebsfremden das Wort erteile. Trotzdem sprach unser Vertreter und zeigte als einzigen Ausweg den Streik. Die Bürokraten schlugen vor, noch einmal mit der Direktion zu verhandeln. Sie wollten Zeit für ihren Verrat gewinnen. Am nächsten Tage forderte Haßlöcher den Betriebsratsvorsitzenden der Papyrus, den Kollegen Mayer telephonisch auf, es wäre doch besser, wenn er, Haßlöcher und Mayer allein mit der Direktion verhandeln würden ohne Hinzuziehung weiterer Betriebsratsmitglieder und der Verbandsvertreter. Diesen gemeinen und hinterhältigen Vorschlag lehnte Kollege Mayer mit recht ab und verlangte, daß mehrere Betriebsratsmitglieder und die Verbandsvertreter, auch der Vertreter des Industrieverbandes mit hinzugezogen werden müssen. Der Judas Haßlöcher mußte sich diesem Verlangen fügen.

Bei den Verhandlungen nun bettelten die Gewerkschaftsbürokraten die Direktion an, sie solle doch einen Vermittlungsvorschlag machen und ihr soziales Empfinden zeigen. Alles bitten und betteln half nichts, die Direktion blieb auf dem Lohnraub bestehen. So radikale Phrasen Haßlöcher in der Versammlung gedroschen hatte, so klein und erbärmlich zeigte er sich der Direktion gegenüber. Unser Vertreter forderte, daß man den Generaldirektoren des Zellstoffkonzerns, die Jahresgehälter bis zu 300 000 RM haben, den Betrag des Lohnraubes der 178 000 RM im Jahre ausmacht, abziehen sollte, denn so wäre es möglich den Abzug der sozialen Zulage zu verhindern. Direktor Clemm erklärte, daß an den Direktionsgehältern schon soviel abgezogen worden wäre, daß diese sehr eingeschrumpft seien. Wenn der Abzug der sozialen Zulage nicht in Frage käme, müsse die Direktion den Betrieb schließen, denn die Gelder zur Weiteraufrechterhaltung seien nicht mehr da.

Die Verhandlungen verliefen also ergebnislos und mußte folgedessen eine weitere Betriebsversammlung einberufen werden. Der zweifelhafte Betriebsratsvorsitzende, Judas Haßlöcher erklärte nach seinem Bericht, daß nur noch die Anrufung des Arbeitsgerichtes übrig bliebe. Die Gewerkschaftsbürokraten waren mit diesen „Kampfmaßnahmen“ einverstanden, wissen sie doch, daß damit der Lohnraub für die Firma gesichert ist. Trotz stürmischen Protestes verweigerte Haßlöcher auch hier wieder dem Genossen Ritter das Wort, weil er seine Entlarvung fürchtete. Trotzdem wurde er Judas, der hier gemeinsam mit den Gewerkschaftsbürokraten die Interessen der Arbeiter verraten haben, ge-

brandmarkt. Ein großer Teil der Belegschaften erkannten auch die Verräterrolle des Haßlöcher.

An die Kollegen besonders der Zellstoff muß die Frage gerichtet werden, ob sie noch nicht darüber nachgedacht haben, was Judas Haßlöcher allein mit der Direktion verhandeln wollte. Habt ihr noch nicht darüber nachgedacht, daß Haßlöcher nicht eure Interessen wahrnimmt? Habt ihr noch nicht darüber nachgedacht, daß auch die Gewerkschaftsbürokraten auch hier wieder den Unternehmern preisgegeben haben? Habt ihr noch nicht darüber nachgedacht, daß, wenn ihr gegen weiteren Lohnraub geschützt sein wollt, ihr euch zusammenschließen und organisieren müßt im revolutionären Industrieverband?

Arbeiter, Kollegen der Zellstoff und Papyrus, zieht aus diesem Verrat der Bonzen die Lehre, schließt euch zur Einheitsfront zusammen und organisiert euch im Industrieverband.

## Gruppe Landwirtschaft

### Das Vermittlungswesen in der Landwirtschaft

Das Stellenvermittlungswesen für Arbeiter in der Landwirtschaft ist ein besonderes Kapitel. Dort nutzen gerissene Seelenverkäufer die Unerfahrenheit der Landarbeiter, vornehmlich der polnischen, dazu aus, um sich die Taschen zu füllen und den Agrariern billige Arbeitskräfte zuzuwenden. Hierbei hat vornehmlich der Landbund seine Hand im Spiele. So erfahren wir, daß selbiger sogar beim Facharbeitsnachweis für Land- und Forstwirtschaft beim Arbeitsamt Leipzig einen solchen Seelenverkäufer heimlich angestellt hat, der mit dem Beamtenpersonal des Nachweises sehr intim ist und gut informiert wird.

Dieser mit den Herren Rittmeistern und Besitzern der großen Güter sehr gut bekannte Vermittler treibt mit der Not der Landarbeiterschaft dort grenzenlos Schindluder. Er verschachert jugendliche Landarbeiter beiderlei Geschlechts an diese Agrarier von 24 RM Monatslohn und einen 20proz. Erntezuschlag bei einer Arbeitszeit von morgens 4 Uhr bis abends 8 und 9 Uhr. Er verspricht denselben gute Kost und spätere Erhöhung des Lohnes. (Natürlich nur Versprechungen, die niemals innegehalten werden.)

Dieser Herr ist Führer der Arbeitergruppe im Landbund und versucht zugleich die Vermittelnden in das Lager der Nazis zu überführen.

Durch diesen Burschen wird ganz öffentlich und frech der Arbeitsnachweis des Arbeitsamts zu einem Organ des Landbundes gestempelt.

Wir warnen deshalb die Landarbeiter Sachsens, diesem Nazihelden ins Garn zu laufen. Sie müssen erkennen lernen, daß sie eine starke Klassenkampforganisation benötigen, wenn sie der Willkür der Gutsbesitzer entgegenzutreten wollen. Diese Organisation darf nicht nach dem Muster des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, des Landbundes oder sonstiger christlicher oder faschistischer Landarbeiter-Organisationen aufgebaut sein, weil diese Organisationen mit ihren Seelenverkäufern zusammenarbeiten und den Wünschen der Agrarier mehr Rechnung tragen als der Not der Landarbeiter.

Für die Landarbeiter heißt es deshalb, sich einreihen in die Gruppe Land- und Forstarbeiter des Bundes revolutionärer Industrieverbände, um gegen solche Mißstände, gegen Lohnabbau und für ein menschenwürdiges Dasein zu kämpfen.

### Siedlungspläne

Man hat einen Plan ausgearbeitet, wonach man einen Teil des Proletariats, der erwerbslos ist, auf dem Lande ansiedeln will. Wie diese Siedlungspolitik in Wirklichkeit aussieht, ergibt sich aus dem von dem berühmten gewordenen Abbaukommissar, dem Leipziger Oberbürgermeister Goerdeler, aufgestellten Entwurf. Darin heißt es:

„Die Auswahl geeigneter Erwerbsloser für das zu bebauende Land ist Sache der Träger in Verbindung mit den Arbeitsämtern und Fürsorgestellen.“

Die Siedlungen müssen vor allem von geeigneten Führerpersönlichkeiten beherrscht werden, die diese Siedlergruppen zusammenfassen.

Ferner sind die Siedler verpflichtet, den Anweisungen der Siedlerbevollmächtigten Folge zu leisten.

Bei wiederholten Verstößen gegen diese Verpflichtung steht dem Bevollmächtigten das Recht zu, dem Siedler mit sofortiger Wirkung zu kündigen.

Ein Anspruch auf Vergütung, Unterstützung und Entschädigung für die von dem Siedler und seinen Familienangehörigen geleistete Arbeit besteht nicht, denn die Siedlung ist gesetzlich verankert nach den Verordnungen des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen.

Die Kosten für den Aufbau und Einrichtung der Siedlerstelle dürfen ausschließlich den Grunderwerb von 3000 RM nicht übersteigen.

Einen Teil dieser Kosten hat der anzusiedelnde Erwerbslose durch eigene Arbeit selbst aufzubringen.

Diese 3000 RM sind mit 4 Proz. zu verzinsen und mit 1 Proz. zu tilgen.

Die Verzinsung und Tilgung des Reichsdarlehens beginnt mit dem Anfang des der ersten Ernte folgenden Kalenderjahres.

Jegliche Unterstützung aus den Beständen der Erwerbslosen-Unterstützung und öffentlichen Fürsorge-Unterstützungen kommt in Wegfall.

Dem Siedler wird bei pünktlicher Einhaltung seiner Pacht- und Zinsentilgung ein Anspruch auf Eigentum zuerkannt.“

Dieser Plan zeigt in aller Deutlichkeit, daß man mit diesen Siedlern, die einmal dort angesiedelt sind und nicht mehr zurückkönnen, sich billige Arbeitskräfte für die umliegenden Güter sichern will, denn der Ertrag dieser Siedlung reicht nicht aus, um die Familie zu ernähren und mit Kleidung und sonstigen notwendigen Bedürfnissen zu versehen, folglich bleibt dem an diese Siedlung Geketteten nichts anderes übrig, um sich und seine Familie ernähren zu können, als sich für Hungerpfennige bei den Gutsbesitzern anzubieten.

Betrachten wir die Jahresbilanz einer solchen Siedlerstelle von zwei Morgen Land, so ergibt sich hieraus, daß ein solcher Siedler vollkommen abhängig von der Gnade der dor-

tigen Gutsbesitzer ist, wenn er sich und seine Familie ernähren will. Die Ausgaben für eine Siedlerstelle würden betragen:

1 Ztr. Korn für 1 Morgen als Saatgut	8,00 RM
1/4 Ztr. Futtergerste für 1/4 Morgen als Saatgut	3,75 „
4 Ztr. Kartoffeln für 1/2 Morgen als Saatgut	8,00 „
Sonstige Sämereien für 1/4 Morgen	5,00 „
Dünger:	
4 Ztr. Super-Phosphat mit 18 Proz. Phosphorsäure	24,00 „
2 Ztr. Ammoniak mit 4 Proz. Stickstoff und 14 Proz. Phosphorsäure	20,00 „
1 Zentner Kalisalz	6,50 „
Zweimal im Jahr pflügen und eggen: Arbeitslohn, billig gerechnet	34,00 „
<b>Summa der Ausgaben</b>	<b>109,25 RM</b>

Ernteertrag:

10 Ztr. Korn (gut gerechnet)	80,00 RM
4 Ztr. Gerste	28,00 „
20 Ztr. Kartoffeln	30,00 „
Gemüse (nach Marktpreis gerechnet)	32,00 „

ergibt eine Gesamteinnahme von 170,00 RM

Davon ist die Ausgabe abzuziehen, so daß dem Siedler ein Gewinn von 60,75 RM verbleibt.

Bei dieser Aufstellung ist zu beachten, daß die Einnahme sehr gut und die Ausgabe sehr dürftig berechnet wurde; trotzdem ist nur ein Ueberschuß von 60,75 RM vorhanden. Davon soll der Siedler ein Jahr leben. Dabei gehörten zu dieser Siedlerwirtschaft, um wenigstens etwas Fleisch und Milch für die Familie zu erzielen, ein Schwein, eine Ziege, Hühner und ein paar Kaninchen, auch ein paar Obstbäume. Diese scheinen die Siedlerdoktoren am grünen Tisch nicht in Berechnung gestellt zu haben.

Was ist der Kern dieses Siedlungsproblems, zu dem auch die SPD. ihre Zustimmung gab, hinter der auch der Zentralverband deutscher und christlicher Landarbeiter steht? Hier soll eine Truppe geschaffen werden, die den Großagrariern Gelegenheit bietet, die erbärmlichen Löhne der Landarbeiter auf ein Niveau zu senken, daß man nur noch von gnädigst gewährten Bettelpfennigen sprechen kann.

Diese Siedler sind als Leibeigene der Junker zu betrachten, da sich ihnen keine Möglichkeit bietet, anderweitig als in der Nähe ihrer Siedlungsstelle zu arbeiten, dazu aber gezwungen sind, wenn sie nicht verhungern wollen.

Dieser Siedlungsplan ist somit ein weiteres Glied zur Verklavung des deutschen Proletariats!

## Das Dritte Reich will die Landarbeiter beglücken

Die Nazis versuchen nun mit aller Macht, die Arbeiter in die faschistischen Betriebsorganisationen hineinzubekommen. Vornehmlich die Großgrundbesitzer lassen es sich Geld kosten, wenn es darum geht, die Arbeiter unter die Fuchtel des Faschismus zu bringen.

Wie die Landarbeiter in diese faschistischen Betriebsorganisationen getrieben werden sollen, geht aus einer Annonce im Organ des Sächsischen Landbundes hervor; es heißt dort:

„Zehn Arbeitersekretäre mit nationaler und sozialer Gesinnung, die in allen politischen und gewerkschaftlichen Fragen Bescheid wissen, Kenntnisse in der Landwirtschaft besitzen, mindestens zwei Wintersemester die landwirtschaftliche Schule besucht haben und über Organisations-talent verfügen, zum sofortigen Antritt bei gutbezahlter Stellung gesucht.“

Landarbeiter, erkennt hieran, daß man euch von diesen Wölfen in Schafskleidung einfangen will, um euch noch stärker für die Ausbeutungszwecke der Großgrundbesitzer zu mißbrauchen. Wehrt euch hiergegen und reißt euch ein in die proletarische Klassenfront, in die revolutionären Industrie-Verbände!

## Gemeindearbeiter der Kammereibetriebe, erneuter Lohnraub!

Den in den Kammereibetrieben Berlins beschäftigten Gemeindearbeitern hat man durch einen Schiedsspruch erneut einen Lohnabbau beschert, und zwar sollen den ungelerten 2 Pf., den angelernten 3 Pf. und den mit besonderer Tätigkeit 5 Pf. pro Stunde von ihren Hungerlöhnen geraubt werden. Die Kollegen dieser Betriebe wurden nicht einmal von den Tarifkontrahenten gefragt, ob sie diesen Lohnabbau zu schlucken gewillt sind, ja sie informierten nicht einmal ihre Mitglieder von dem Schiedsspruch. Sogas glaubt man seinen Mitgliedern gegenüber gar nicht mehr nötig zu haben. So wird eine Gruppe nach der andern abgebaut.

Werden die Arbeiter der Kammereibetriebe diesen Abbau stillschweigend hinnehmen? Ist der Kampfgeist durch das reformistische Gift, das der Gesamtverband seinen Mitgliedern eingepfiff hat, gebrochen? Der Schlichter steht bereit, den Spruch verbindlich zu erklären. Damit ist die Angelegenheit für die Reformisten dann erledigt. Wozu solche Gewerkschaften!

### Bekanntmachung

Das frühere Mitglied Adolf Kulbe ist wegen Untreue von Organisationsgeldern aus der Organisation ausgeschlossen worden.

Industrie-Verband für Berg- und Hüttenarbeiter, Bezirk Eisleben.

### Sterbefaßel

Am 15. Mai d. J. verstarb unser langjähriges Mitglied, der Tischler

Adolf Götz

im Alter von 65 Jahren an einer Blutkrankheit (Folge der schlechten Ernährung). Ein alter revolutionärer Kämpfer ist in ihm dahingegangen.

Ehre seinem Andenken!

Industrie-Gruppe Holz,  
Der Vorstand M. Menschel.

# Industrie-Verband für das Metallgewerbe

Zentrale: Berlin, Kommandantenstr. 63/64, v. 3 Tr. — Telefon: A 7 Dönhoff 3110

## Ein ernstes Wort vor der Entscheidung

Mit dem Sturz der Brüning-Regierung und der Einsetzung des Adelskabinetts ist die politische Situation in Deutschland in ein entscheidendes Stadium gelangt. Die finsternen Kräfte der Reaktion, die schon seit langem bemüht sind, ihre dunklen Pläne in die Tat umzusetzen, halten die Zeit für gekommen, wo sie es wagen können, offen aufzutreten. Der Schleier der Demokratie, unter dessen Schutze bislang die Ausbeutung der Massen vorgekommen wurde, wird hinweggezogen und es kommt die grinsende Fratze der nackten Kapitalsdiktatur zum Vorschein. Zur Anwendung dieser Diktatur sieht sich die Bourgeoisie gezwungen, weil sie infolge der Verschärfung der Handels-, Industrie- und Finanzkrise keinen anderen Ausweg aus der hoffnungslosen Lage zur Verfügung hat, als den der ungehemmten Ausplünderung der Arbeiterschaft. Dabei ist der Deckmantel der Demokratie hinderlich, er verlangsamt das Tempo der Unterdrückung, deshalb muß er fallen. Die faschistische Entwicklung, für die die Sozialdemokratie die volle Verantwortung zu tragen hat, hat den Reifegrad erreicht, von dem die Bourgeoisie glaubt, daß er zur Aufrichtung der faschistischen Herrschaft genüge. Und ein Blick auf die faschistischen Anhänger und den vielen Hilfsquellen der Faschisten beweist, daß diese Annahme eine Berechtigung hat. Ein Zurück gibt es nicht mehr. Die reife faschistische Frucht muß verwertet werden, bevor sie in Fäulnis übergeht. Ob aber die Verwertung der faschistischen Frucht dem Kapitalismus den ersehnten Gewinn bringt, hängt einzig und allein von dem Verhalten der Arbeiterklasse ab, das allerdings zu Besorgnissen Anlaß gibt. Es ist die Uneinigkeit, die das Proletariat schwächt und in seinen Bewegungen hindert. Die zwei großen politischen Parteien der deutschen Arbeiterschaft, SPD. und KPD., bekämpfen sich bis aufs Messer, statt sich erstmalig zu vereinen, um den faschistischen Feind, der sie beide bedroht, zu vernichten. Damit verlangen wir nicht ein Aufgehen, ein Ineinanderfließen der beiden Parteien. Das wäre Unsinn. Aber wir verlangen, daß diejenigen, die als die verantwortlichen Führer des deutschen Proletariats anzusprechen sind und die sich auch als solche bezeichnen, die Lenker und Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands, ihren, durch die Geschichte an sie gestellten Pflichten auch nachkommen. Diese Pflichten haben sie bisher in grübelichster Weise verletzt. Die Auffassung der KPD., daß sie zur Niederschlagung des Faschismus allein in der Lage sei, daß die KPD. als einzelne Partei die der Arbeiterschaft drohenden Gefahren ohne die Hilfe der anderen Arbeiterorganisationen abwenden könne, ist vollkommen falsch. Es hatte den Anschein, als ob durch die Lehren der Wahlniederlage klug gemacht, die Partei eine Wendung zum Besseren vollziehen würde. In der „Roten Fahne“ vom 26. April 1932 erschien ein Aufruf der Partei, in dem diese sich bereiterklärt, mit allen Organisationen gemeinsam den Kampf gegen die Feinde der Arbeiter zu führen. Leider blieb es bei dem papiernen Willen. In die Tat wurde er nicht umgesetzt, trotzdem Gelegenheit dazu geboten wurde. So hatten die Mitglieder des Industrieverbandes für das Metallgewerbe eine Resolution an den BRIV. gerichtet, in dem unter Bezugnahme auf die Erklärung der „R. F.“ vom 26. April eine Aussprache mit Parteivertretern auf der Grundlage der Selbständigkeit der Organisationen gefordert wurde. Diese Resolution, die den Willen der Industrieverbändler zur Herstellung einer gemeinsamen Kampffront klar beweist, wurde von der „R. F.“ am 20. Mai (wenn auch in verstümmelter Form) veröffentlicht und dazu folgende freundliche Bemerkung gemacht: „Zwar heißt es dort“ (in der Resolution des IVfdM.) „unter Wahrung der Selbständigkeit der Industrieverbände.“ Nachdem aber die Kollegen den ersten Schritt getan haben, werden sie sich sehr schnell auch davon überzeugen, daß nicht organisatorische Eigenbrödelerei das Entscheidende ist, sondern daß bei den Sektionen der RGI. die breiteste proletarische Demokratie zu finden ist.“

Mit anderen Worten: Wenn ihr, Industrieverbändler, bereit seid, gemeinsam mit uns zu kämpfen, dann müßt ihr die Selbständigkeit der Industrieverbände aufgeben. Also antwortet die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der KPD., auf die zur Herstellung einer gemeinsamen Front gerichteten Bemühungen. Wir antworten der „R. F.“: Wenn alle Organisationen, die mit der KPD. ein gemeinsames Kampfbündnis zur Niederringung des Faschismus eingehen wollen, ihre Selbständigkeit aufgeben sollen, dann verlangt ihr etwas unmögliches. Nicht alle Arbeiter sind ideologisch so weit fortgeschritten, daß sie die KPD. als die „einzige“ Arbeiterpartei erkennen und anerkennen. Wenn dem so wäre, würden die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei schon längst ihren korruptierten, durch und durch arbeitfeindlichen Führern den Rücken gekehrt haben und zur KPD. gestoßen sein. In diesem Falle brauchte man nicht so riesige Anstrengungen zu machen zur Herstellung der Kampfeinheit. Weil aber diese ideologische Gleichheit nicht vorhanden ist (und unter den gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnissen auch nicht sein kann), muß ein Weg gefunden werden, der die Arbeiter der Industrieverbände, der Freien Gewerkschaften und der SPD. soweit zusammenführt, daß gemeinsame Aktionen gegen den Faschismus durchgeführt werden können. Dieser Weg kann aber nicht in der versuchten Vernichtung von Arbeiterorganisationen bestehen, sondern darin, daß man, den Tatsachen Rechnung tragend, die Organisationen und ihre Führer anerkennt, sich an diese wendet mit der Forderung auf Zusammenschluß gegen die Faschisten. Würde niemals Feuer ausbrechen, brauchte man keine Feuerwehr. Würden alle Arbeiter Kommunisten sein, wäre die Einheitsfront hergestellt, es brauchte keine geschaffen werden. Weil dem aber nicht so ist, weil die Arbeiterschaft in verschiedene politische und gewerkschaftliche Gruppierungen zerfällt, Deshalb die Frage der Einheitsfront. Selbstverständlich also, daß die Organisationen, die zum gemeinsamen Kampf bereit sind, ihre Selbständigkeit nicht aufgeben können, und auch nicht dürfen, weil die Mehrheit der Mitglieder damit nicht einverstanden wäre. Es ist also nicht bloß lächerlich, es ist direkt ein Verbrechen, wenn in dieser ersten Stunde, wo die Entscheidung auf des Messers Schneide steht, von der KPD. an die Industrieverbändler das Ersuchen gestellt wird,

sich aufzulösen, da eher die Einheitsfront nicht hergestellt werden könnte. Noch schlimmer benimmt sich die Partei in der Frage der Einheit mit den sozialdemokratischen Arbeitern. Jedem, dem die Verhältnisse klar sind, ist es einleuchtend, daß die KPD., nachdem sie seit 13 Jahren die Vernichtung der Sozialdemokratie anstrebt, die Führer derselben seit dreizehn Jahren „entlarvt“, ohne die Massen von den entlarvten Führern trennen zu können, dies Ziel in drei oder vier Monaten nicht erreichen wird. Viel mehr Zeit aber bleibt der Arbeiterschaft nicht mehr in ihrer Vorbereitungskampagne zum Kampfe gegen die sich rüstende Konterrevolution. Alles Sinnen und Trachten muß deshalb jetzt darauf gerichtet sein, die proletarischen Kräfte zusammenzufassen und gegen den faschistischen Feind zu führen. Nicht, wie die „Rote Fahne“ vom 9. Juni schreibt, den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie richten und damit gegen die sozialdemokratischen Arbeiter, sondern den Hauptstoß gegen die Faschisten richten, das ist die Aufgabe der Partei in der gegenwärtigen Situation. Es geht um Sein oder Nichtsein der deutschen Arbeiterklasse. Die politische Lage in Deutschland ist derart zugespitzt, daß eine Entscheidung in den nächsten Monaten unausbleiblich erscheint. Der Gegner hat bereits umfassende Kräftekonzentrationen vorgenommen. Diesen muß die geeinte Front des Proletariats entgegengestellt werden. Aus nichts wird nichts und von nichts kommt nichts. Bloße Aufrufe der Partei in der „Roten Fahne“ genügen nicht. Die Partei muß an die Zentrale der Sozialdemokratischen Partei und an die anderen Organisationen herantreten und ihnen gangbare Wege zur Herstellung der Kampfeinheit vorschlagen. Tut sie es nicht, macht sich die Partei mit-schuldig an der kommenden Niederlage der Arbeiterklasse.

## Herunter mit den Wucher-Mieten

(Arbeiterzuschrift.)

Unter der Klasse der Ausbeuter nimmt die Kaste der Hausbesitzer einen ganz besonderen Platz ein. Wer einmal gezwungen war, gerade in den größeren Städten, und speziell in Berlin, auf die Wohnungssuche zu gehen, der hat schon nach kurzer Zeit eine gelinde Wut im Balg gegenüber dem Geschmeiß der Hauspaschas. Dieses Gesindel, das nichts weiter tut, als Proleten zu schröpfen, wird viel zu wenig beachtet, sonst hätte seitens der Arbeiterorganisationen schon ein viel stärkerer Kampf gegen die Profit-schindereien der Hausbesitzer einsetzen müssen. Die Annahmen dieser Subjekte gehen bereits in Größenwahn über und es wird Zeit, ihnen das Handwerk zu legen. Nehmen wir als Beispiel Berlin. Das Durchschnittseinkommen eines Berliner Metallarbeiters beträgt nach dem Stand vom 1. April 1932 bei 48stündiger Arbeitszeit 37 bis 39 RM brutto. Da aber in fast allen Betrieben Kurzarbeit herrscht, ist mit einem Einkommen von höchstens 25 RM pro Woche zu rechnen, das sind 100 RM im Monat. Ein Wohlfahrtserwerbsloser erhält als Lediger die fürstliche Summe von 8,05 RM wöchentlich; bei Verheirateten kommt ein Zuschlag von 4,05 RM hinzu. Macht ein monatliches „Einkommen“ von ungefähr 35—34 RM für Ledige und etwa 50 RM für Verheiratete aus.

Demgegenüber verlangen die Hausbesitzer für eine einigermaßen anständige Zweizimmerwohnung (Altbau) 60—70 RM. Für eine Küche und Stube, wie sie namentlich von kleineren Arbeiterhaushaltungen verlangt werden, fordert so ein Hauspascha bis 40 und 50 RM, das sind 50 Proz. des Einkommens eines beschäftigten Metallarbeiters (von seinen 100 RM Monatseinkommen gehen noch die verschiedenen Beiträge für Invaliden, Krankenkasse usw. ab), so daß also der Hauspascha den Verdienst von 14 Tage Arbeit schluckt. Fürs Nichtstun. Dabei muß beachtet werden, daß die Kosten sogenannter Schönheitsreparaturen vom Mieter selbst bezahlt werden müssen. Eine Arbeiterfamilie, die auf die Sätze der Wohlfahrt oder Erwerbslosenversicherung angewiesen ist, ist nicht in der Lage, sich eine Wohnung zu mieten. Dabei stehen Tausende von Wohnungen leer, sind oftmals halbbewohnte Häuser straßen-zugweise anzutreffen. Das alles kümmert die Hausbesitzer nicht. Lieber lassen sie die Häuser verfallen und verkommen, als daß sie die Wohnungen für einen den Verhältnissen angemessenen Preis den Wohnungssuchenden überlassen würden. In den erbärmlichsten Löchern müssen die Arbeiter hausen, zu Dutzenden sterben die infolge der schlechten Wohnräume, die sich häufig in tiefen, dunklen Kellern befinden, krank gewordenen Arbeiterkinder und Frauen dahin, hunderte werden von den verschiedensten Krankheiten befallen, aber — der Hausbesitzer gibt seine leerstehenden Wohnräume nicht her, wenn sie nicht den gewünschten Profit einbringen. Es kommt weiter hinzu, daß es sich in den meisten Fällen um Hauspaschas handelt, die zwei, drei und mehr Häuser besitzen und also ganz gut mit weniger Miete immer noch ihr stinkfaules Leben führen könnten. Aber sie wollen nicht nur einfach ein Leben in Nichtstun verbringen, sie wollen Schlemmen und Prassen. Und die dazu nötigen Summen soll der Prolet herbeschaffen, und der dazu gezwungen ist, weil er wohnen muß.

Zu den Helfershelfern der Mietswucherer muß gezählt werden das Gesochse der Wohnungsvermittler. Bier & Co. oder Rath & Rath, und wie sie alle heißen, ein nach hundert und aber hundert zählender Apparat mit vielen Büros, Angestellten und Direktoren, letztere mit immensen Gehältern, sind eifrig bemüht, den Hausbesitzern die zu scherenden Schafe zuzutreiben. Natürlich gegen entsprechendes Entgelt, das sehr oft sogar der wohnungssuchende Prolet bezahlen muß. So entrollt sich vor unseren Augen ein Bild, das alle Scheußlichkeiten des kapitalistischen Systems aufzeigt, das aber viel zu wenig Beachtung findet, wodurch den Hausbesitzern und den Wohnungsvermittlern ihr gemeinsames Handwerk erleichtert wird.

In diesen Angiastall hineinzuweichen mit einer Jupiterlampe, wäre eine dankbare Aufgabe für die großen Arbeiterorganisationen, sowohl der freien Gewerkschaften und SPD. als auch der Kommunistischen Partei. Die Forderung auf Herabsetzung der Wuchermieten müßte in allen Blättern der Organisationen veröffentlicht werden. Die Or-

ganisierung einer Kampagne gegen den Mietwucher müßte namentlich die KPD. in großzügiger Weise vornehmen. Beschlagnahme der länger als vier Wochen leerstehenden Wohnungen, Staffelung der Mieten nach dem Einkommen des Arbeiters dergestalt, daß nicht mehr als 25 Proz. des Verdienstes für Miete ausgegeben werden braucht, so und ähnlich müssen die Parolen lauten, mit denen der Feldzug gegen die Hauspaschas eröffnet werden müßte. Die Löhne sind unheimlich gesunken, die Unterstützungen sind bis auf ein Minimum gesenkt worden. Es ist an der Zeit, endlich Schluß zu machen mit den teuren Mieten. Wir können nicht mehr die Mieten bezahlen, darum: Herunter mit den Mieten!

## Wie die Auflockerung der Tarife durchgeführt wird

Der vergangene Reichskanzler Brüning sprach von der Notwendigkeit der Auflockerung der Tarife.

Der einstmalige Reichsarbeitsminister Stegerwald erklärte im Namen der Reichsregierung vor den Wahlen, daß mit dem Lohnabbau nun wirklich Schluß gemacht werden müsse. Ein geringerer Lohn könne dem Arbeiter nicht mehr zugemutet werden. Es käme höchstens eine Angleichung der Löhne an die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Industrien in Frage.

Dieser Wink mit dem Zaunpfahl ist von den Unternehmern verstanden worden. Für sie gibt es überhaupt keine Industrie, in der die Löhne nicht angeglichen werden müssen, da sie ihnen ja viel zu hoch sind. Die Unternehmer fordern deshalb je nach ihrer bekannten Verschiedenheit Lohnabbau von 20—40 Proz. in den einzelnen Industriezweigen.

Die freien Gewerkschaften, die die Schlichtungsmaschine ins Leben riefen und auch heute noch bejahen, scheinen in letzter Zeit das Vertrauen zu diesen Instanzen verloren zu haben. So haben in einigen Fällen die Gewerkschaftsvertreter den Mitgliedern klarzumachen versucht, daß es besser wäre, das Angebot der Unternehmer zu schlucken als es auf einen Schiedsspruch ankommen zu lassen, da dieser noch schlechter ausfallen würde.

Dies ist z. B. bei den Rohrlegern der Fall gewesen. — Die Sonderschlichter wissen, wie die Angleichung ausgelegt werden muß, und fällen Sprüche, gegen die die 4. Notverordnung mit 10 Proz. ein Waisenknabe war.

Im Baugewerbe hat der Sonderschlichter in Berlin die Löhne der Facharbeiter von 1,25 RM auf 1,08 RM, der Bauhilfsarbeiter von 1,02 RM auf 90 Pf. und der Tiefbauarbeiter von 78 auf 72 Pf. angeglichen.

Innerhalb eines Jahres sind die Löhne der Berliner Bauarbeiter folgendermaßen abgebaut worden:

	31. 5. 1931	9. 4. 1931	1. 1. 1932	im Mai 1932
Facharbeiter . . .	1,55	1,42	1,25	1,08 RM
Bauhilfsarbeiter . .	1,27	1,18	1,02	0,90 RM
Tiefbauarbeiter . .	1,—	0,92	0,78	0,72 RM

Dies bedeutet einen Abbau des Stundenlohnes für Facharbeiter um 45 Pf., für Bauhilfsarbeiter um 37 Pf. und für Tiefbauarbeiter um 28 Pf.

## Aus der Organisation

Änderung des Statuts.

Gemäß § 5, letzter Absatz, erster Satz, hat der Zentralvorstand die bisherigen Bestimmungen des § 6 außer Kraft gesetzt. Die neuen Bestimmungen sind ab 1. Juli gültig und haben folgenden Wortlaut:

§ 6.

Bei Streiks und Aussperrungen werden folgende Sätze zugrunde gelegt:

von 1—13 Wochenbeitrag den 1½fachen Zentralbtrg. pro Tag.  
von 14—52 Wochenbeitrag den 3fachen Zentralbtrg. pro Tag.  
von 53—78 Wochenbeitrag den 4fachen Zentralbtrg. pro Tag.  
über 104 Wochenbeitrag den 6fachen Zentralbtrg. pro Tag.

Maßregelungsunterstützung wird bis zur Höchstdauer von 4 Wochen gezahlt. Mitglieder, welche von der Erwerbslosenversicherung ausgesteuert sind oder einer Sperrfrist unterliegen, wird die Maßregelungsunterstützung nach Ablauf der vier Wochen in Höhe der Erwerbslosen-Unterstützung bis zur Höchstdauer von 10 Wochen, bzw. bis zum Ablauf der Sperrfrist weiter gezahlt.

Bei Maßregelungen wird ohne Unterschied der Dauer der Organisationszugehörigkeit in allen Fällen der Höchstsatz der Streikunterstützung gewährt. Zu allen Sätzen wird wöchentlich für jedes zum Haushalt gehörende Kind unter 14 Jahren ein Zuschuß in Höhe von 1,50 RM gezahlt.

Für alle Unterstützungssätze gilt bei der Berechnung der Durchschnittsbeitrag, welcher in den letzten dreizehn Wochen gezahlt worden ist.

Mitglieder, soweit sie von der Organisation freigestellt sind, erhalten bei allgemeinen wirtschaftlichen Kämpfen nur soviel Lohnentschädigung, wie die streikenden Kollegen Unterstützung. Für die Zentralvorstandsmitglieder kommt der Ort in Frage, an dem sie ihren Wohnsitz haben.

## Bezirksverein Berlin

Bekanntmachungen.

Auf Grund des Beschlusses der Generalversammlung vom 11. Mai ist ab 1. Juli 1932 von allen erwerbslosen, kranken und solchen kurzarbeitenden Mitgliedern, die eine wöchentliche Arbeitszeit von weniger als 24 Stunden haben, ein Beitrag von 5 Pfennig pro Woche zu entrichten. Da die neue Marke den Beitrag von 10 Pfennig aufweist, wird das Kleben der neuen Erwerbslosenmarke alle 14 Tage vorgenommen.

Wir bitten die Mitglieder, dieses kleine, durch die anhaltende Krise bedingte Opfer im Interesse der Erhaltung der Kampfkraft der Organisation tragen zu wollen. Soweit die Kollegen Hauskassierer noch nicht im Besitze der neuen Marken sind, müssen sie sich sofort an das Büro, Kommandantenstraße, wenden.

Gesperrt ist:

Mitgliedsbuch Nr. 6546, auf den Namen Kurt Falkenhagen lautend. Wo selbiges auftauchen sollte, ist es einzuziehen und dem Büro zuzusenden.

Weiter machen wir auf wiederholte Anfragen darauf aufmerksam, daß Bibliotheksbücher täglich verliehen werden in der Zeit von 9 bis 1 Uhr und 3 bis 6½ Uhr. Bei Entnahme von Büchern ist das Verbandsbuch als Ausweis mitzubringen.

# Schiffbau-Industrie-Verband

Zentrale: Berlin-Rummelsburg, Kantstraße 11. — E 5 Lichtenberg 2094.

## Der Abbau der Invalidenrenten

Der durch die Notverordnung zu erwartende Abbau in der Invalidenversicherung wird jetzt in seinen Einzelheiten bereits sichtbar, allerdings nur, was die direkten Kürzungen der Renten betrifft. Nach den Vorschlägen des Reichsfinanzministers soll die Invalidenrente um fünf bis sieben RM monatlich, die Witwenrente um vier bis fünf RM und die Waisenrente um drei bis vier RM pro Monat gesenkt werden.

Die jetzt durchschnittlich bezahlte Rente beträgt ungefähr 36 RM. Die Kürzung beläuft sich also auf 20 Proz. Aber die Rentenkürzung ist nicht die einzige Verschlechterung. Es ist zu erwarten, daß auch der Rentenbezug erneut durch die Verlängerung der Anwartschaftsdauer erschwert und die anderen Leistungen erheblich abgebaut werden. Von der Kürzung werden 2,3 Millionen Invalidenrentner, 41 000 Altersrentner, 681 000 Witwen und 603 000 Waisen betroffen. Mit der jetzt beabsichtigten Kürzung wird die Rente auf den Stand vom 1. Januar 1924 am Ausgang der Inflation zurückgeschraubt. Was das für eine ungeheure Verschlechterung der Lage der Invalidenrentner bedeutet, liegt auf der Hand, denn eine Rente von 36 RM ist schon zum Leben zu wenig und nun erst, wenn die Rente noch einmal um fünf bis sieben RM abgebaut wird.

Die Lage der Invalidenversicherung ist katastrophal. Durch die Arbeitslosigkeit, die Kurzarbeit und den Lohnabbau ist eine ungeheure Senkung der Beitragseinnahmen eingetreten. Schon das Jahr 1931 zeitigte ein Defizit von etwa 200 Millionen RM. Im Jahre 1932 werden sich die Beitragseinnahmen nach den bisherigen Schätzungen auf 670 Millionen stellen, die Ausgaben dagegen auf 1080 Millionen. Es wird also ein Defizit von über 300 Millionen RM erwartet.

Das Defizit soll durch Abbau der Leistungen herausgewirtschaftet werden. Das heißt, wird der Abbau im Umfange von 300 Millionen RM durchgeführt, so bedeutet das eine Einschränkung der Aufwendungen der Invalidenversicherung für die Versicherten um mehr als ein Drittel.

Wie gesagt, die Notverordnung ist im wesentlichen fertiggestellt, das heißt, der Abbau ist bereits eine beschlossene Sache. Die Gewerkschaftspresse beginnt in Erwartung des ungeheuren Abbaues ein Oppositionsgeschrei zu erheben. Aber sowohl die Führer der freien wie der christlichen Gewerkschaften haben das, was jetzt mit der Notverordnung verfügt werden soll, schon gekannt, als sie bei der letzten Reichstagstagung der Brüning-Regierung wiederum ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Ihre Verantwortung steht also ein für allemal fest. Allein den Invalidenrentnern wird die Tolerierungspolitik, wie man sieht, mehrere hundert Millionen kosten.

## Feuer an Bord

Die furchtbare Katastrophe des französischen Luxusdampfers „Georges Philippart“, der auf der Rückkehr von seiner ersten großen Fahrt vor Aden binnen kurzer Zeit ein Raub der Flammen wurde, hat bei der großen Masse der Nichtsachverständigen die verständliche Frage aufgeworfen, wie es möglich ist, daß ein modernes Schiff so rasch vom Feuer vernichtet werden kann. Die modernen Schiffe, die aus Stahl und Eisen bestehen, sind mit ihrer Einrichtung der Schottenwände, den Dampf- und Motorpumpen zwar gut ausgerüstet, aber die Bekämpfung eines Schiffsbrandes ist auch dann noch überaus schwierig.

Der metallene Schiffsrumpf ist sicher gegen das Feuer unangreifbar, aber die verschiedenen Einrichtungsteile sind sehr leicht brennbar. An Bord eines Schiffes breitet sich das Feuer sehr rasch aus, weil es an den Möbelstücken, dem Fußbodenbelag, den Teppichen, Gardinen, Bettzeug usw. reiche Nahrung findet. Wenn das Feuer im Laderaum ausbricht, dann ist die Gefahr noch viel größer, weil man einen Brand im Schiffsraum viel schwieriger bekämpfen kann als in den Aufbauten.

Wenn ein Schiff seine Ladung an Bord genommen hat und ausfährt, werden alle Luken hermetisch verschlossen, damit kein Wasser in den Laderaum eindringen kann. Wenn nun im Laderaum ein Feuer ausbricht, so würde, falls man die Luken öffnet, der Brand durch die eindringende frische

Luft an Heftigkeit zunehmen. Deshalb ist die Schwierigkeit der Bekämpfung sehr groß. Man muß große Wassermengen in den Laderaum einlassen oder auch zu Dampfstrahlen seine Zuflucht nehmen. Mit Hilfe des Dampfes, den man unter hohem Druck in einen brennenden Schiffsraum einläßt, kann man wohl verhindern, daß sich das Feuer weiter ausbreitet, aber bei Anwendung dieses Mittels ist die größte Vorsicht geboten. Der Dampfdruck darf nicht höher sein als der Druck der Atmosphäre, sonst ist eine Explosion die unausbleibliche Folge.

Besonders häufig ereignen sich Brände auf Schiffen mit Baumwoll-Ladungen. Die Baumwollballen sind derart dicht aneinander gepreßt, daß sie einen fast undurchdringlichen Block bilden, in dem das Feuer lange Zeit schwehen kann, ohne daß man den eigentlichen Herd findet. Die Bekämpfung ist überaus schwierig. Es kam schon vor, daß Baumwollschiffe in einen Hafen einliefen, bei denen der Mannschaft das Deck unter den Füßen brannte.

In vergangener Zeit, als die Schiffe noch gänzlich aus Holz gebaut waren, waren Brände besonders gefürchtet. Wenn man das Feuer rechtzeitig bemerkte, gelang es manchmal, den Brand mit Hilfe der Matrosen zu lokalisieren. Sie bildeten eine Kette und schöpften aus dem Meer das Wasser mit Eimern, um die Pumpen zu speisen. Alle Luken wurden geschlossen, alle Ritzen wurden verstopft, um zu verhindern, daß die Luft im Zwischendeck und Kielraum eindringe. Da das Feuer oft durch Unvorsichtigkeit der Raucher entstand, waren besondere Vorschriften getroffen. An Bord der Kriegsschiffe wurde im Vorderschiff in einer Kupferbüchse eine brennende Lunte angebracht, die ständig von einem Posten bewacht war. Die Raucher mußten sich dort ihre Pfeifen anzünden und zu Ende rauchen. Heute ist die Lunte wohl durch elektrische Anzünder ersetzt, die Schiffe haben selbstverständlich nur elektrische Beleuchtung, aber die Gefahr der Schiffsbrände hat nicht abgenommen, wie die zahlreichen Brandkatastrophen, die sich immer wieder auf den Ozeanen ereignen, beweisen.

## Die Kollegen der Seeschiffswerft wehren sich

Die Seeschiffswerften dürfen bei dem Lohnabbau nicht abseits stehen. Auch dort wird den Arbeitern ein unerhörter Lohnabbau zugemutet. Hiergegen haben die Arbeiter der Bremer Vulkan-Werft Stellung genommen und am 7. Juni den Streik beschlossen.

Die Unternehmer schreien, daß durch den Streik die vertraglich festgelegte Ablieferung der auf dieser Werft in Bau befindlichen Motortankschiffe gefährdet sei — also der Profit ist in Gefahr. Daß die Werftarbeiter mit ihren ungenügenden Löhnen nicht das zum Leben Notwendige bestreiten können, interessiert die reaktionären Werftgewaltigen nicht. Werftarbeiter, übt in allen Seestädten Solidarität!

## Wie die Generalsdiktatur in Argentinien wütele

Durch den Sturz der Militärdiktatur ist die so schwer verfolgte Arbeiterbewegung dieses Landes wieder zu neuem Leben erwacht. Mit geradezu überraschender Schnelligkeit sieht man überall neue Formationen des Proletariats entstehen. Gemäß der Eigenart des Charakters in diesem Lande organisieren sich die Arbeiter vornehmlich in den syndikalistischen Organisationen.

Die Militärdiktatur hatte Tausende der revolutionären Arbeiter in Gefängnisse und Kerker verbannt. Nachdem dieselben nun wieder der Freiheit zurückgegeben, erzählen dieselben ihre furchtbaren Erlebnisse, und ihr Anblick bestätigt in schrecklicher Weise alle Einzelheiten der Berichte. Auch die Zeitungen beschäftigen sich spaltenlang mit dem Martyrium, welches die Gefangenen in den Gefängnissen unter der Militärdiktatur erdulden mußten. Alle politischen Gefangenen wurden gefoltert und bestialisch gequält. Man riß ihnen mit Zangen die Nägel von den Händen und Füßen, schlug sie stundenlang erbarmungslos bis zur Besinnungs-

## Die spanische Revolution

Durch die Diktaturverhältnisse Spaniens unter Primo de Rivera wurde das Feuer der revolutionären Bewegung entfacht. Im April 1931 kam selbiges zum Ausbruch. Eine politische Umwälzung wurde hervorgerufen, der König zum Teufel gejagt und eine Republik ausgerufen.

Welche Kräfte waren es, die hauptsächlich zur Revolution beitrugen?

In Spanien ist eine alte Arbeiterbewegung zu verzeichnen. Schon im Jahre 1840 wurde in Barcelona die Webergewerkschaft gegründet, welche bald Anlaß zu weiteren Gründungen von Gewerkschaften wurde.

Diese Gewerkschaften wurden den Unternehmern und der Regierung unangenehm.

Trotz starker Verfolgung erreichten diese schon 1855 eine Mitgliederzahl von 80 000 Arbeitern.

In diesen Gewerkschaften war noch keine direkte sozialistische Prinzipienklärung vorhanden, sondern es waren die Ideen eines Pygi Magall, des Führers der föderal-republikanischen Partei.

1856 wurden die Gewerkschaften durch Verordnung des General Sapatero verboten, sie beantworteten diese Maßnahme mit dem Generalstreik. Bis zum Jahre 1865 wurden sie in die Illegalität gedrängt.

Inzwischen hatte diese Bewegung mehr anarchistische Gedankengänge erfahren. Die Voraussetzungen hierzu liegen zum Teil in dem heißblütigen Volke selbst. Bei der Spaltung der I. Internationale auf dem Haager Kongreß 1872 stellte sich die übergroße Mehrheit der spanischen Organisationen auf die Seite von Bakunin, des Begründers der syndikalistisch-anarchistischen Lehre. Es blieb nur eine kleine marxistische Gruppe unter Mesa Iglesias. — Es wurde eine Sektion der bakuninistischen Internationale gegründet, welche unter dem Namen Föderation regional espanola auftrat.

Während die von den Sozialdemokraten gegründete marxistische Gruppe von den Behörden mit großem Entgegenkommen behandelt wurde, sich unter dem Namen general de trabajadores (deutsch: allgemeine Arbeiter-Union) niederließ. Diese war Mitglied der späteren II. Internationale. Alle revolutionäre Arbeit wurde ausschließlich von der anarchistischen Bewegung geleistet, während die Arbeiter-Union als Lieferantin von Staatsräten, Abgeordneten, Ministern sich bemühte, sogar unter der Monarchie und unter der Militärdiktatur Primo de Riveras nützlich zu machen.

Kennzeichnend ist, daß die sozialdemokratische Partei Spaniens (El partido Socialista), Sektion der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, die einzige politische Partei war, die mit dem Diktator Primo bis zuletzt zusammenarbeitete. Zu einer Zeit, als sogar stockkonservative Politiker sich von dem Diktator abwandten und ihm den Kampf erklärten, war Largo Caballero, der Sekretär der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Arbeiterunion Spaniens (Union General de los Trabajadores), im Ministerrat der Diktatur vertreten.

Der Regierungsterror für die Anarcho-syndikalistische Bewegung war äußerst stark. Es kam zu verschiedenen Aufständen, so in Katalonien, Klosterbrände und Barrikadenkämpfe wurden geführt. 500 Tote und zahlreiche Verletzte waren in der Woche vom 26. 7. bis 2. 8. 1909 zu verzeichnen.

Der Pionier der damaligen Bewegung Francisco Ferrer wurde nach einem skandalösen Prozeß zum Tode verurteilt und erschossen.

Das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt protestierte gegen diesen Mord, aber die Regierung, die unter dem starken Einfluß der Kirche stand, wollte damit die revolutionäre Bewegung unterjochen.

Auf dem Kongreß im Jahre 1911 wurde die bis auf den heutigen Tag bestehende Conföderation national del trabajo

losigkeit und zwang sie, faulige Speisen zu essen. Manche wurden fünf Monate lang in strengster Einzelhaft gehalten, ohne jede Bewegung in Luft und Licht. Mit raffinierten Profapparaten zerquetschten die Schergen die Glieder der Wehrlosen. Um die Köpfe der Opfer wurden Eisenzirkel gespannt.

Fast alle sind als Todkranke entlassen worden, darunter viele bekannte anarcho-syndikalistische Funktionäre, wie z. B. Berenguer, Andersen, Dacheo, Mauricio Perez, Felipe Quirago und Cachin.

Die unmenschlichen Grausamkeiten an den politischen Gefangenen sind von der faschistischen Diktaturregierung direkt angeordnet worden. Sie wagte nicht, offen zu mordern; aber die 1½ Jahre Zuchthaus sind für die meisten Genossen schlimmer gewesen als ein schneller Tod an der Mauer. Die Arbeiterschaft ist entschlossen, die Wiederkehr solcher Zustände mit allen Mitteln des offenen Kampfes zu verhindern.

## Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation NSBO.

Die Naziartei versucht jetzt mit allen Mitteln, auch organisatorisch in die Betriebe einzudringen. Hierzu hat sie besondere Richtlinien für die Betriebszellenarbeit herausgegeben, aus denen jeder die Judasrolle, die diese Naziarbeiter auszuführen haben, erkennen. Jeder noch ein wenig Charakter Besitzende wendet sich voll Abscheu von diesen Unternehmersöldlingen. Die Richtlinien lauten folgendermaßen:

„Die Nationalistische Betriebszellenorganisation (NSBO.) soll als besondere spezifische Waffe zur Eroberung der Betriebe durch ‚Niederrückung des Betriebsmarxismus‘ dienen.

Bei Streiks können zwar keine Unterstützungen gezahlt werden. Allerdings kommen ja Streikfälle wenig oder fast gar nicht in Betracht. Bedenken dieserhalb sind bei den Herren Pgs.-Arbeitgebern zu zerstreuen.

Werden eigene Betriebszeitungen herausgegeben, so sind in den Illustrationen und im Text die Herren Arbeitgeber und leitenden Beamten (außer es seien Juden) nach größter Möglichkeit nicht zu kritisieren. Ist es unumgänglich notwendig, dann in maßvoller Form.

Jeder Nationalsozialist ist verpflichtet, im Betrieb jeden Marxisten-Funktionär, gleichgültig welcher Schattierung, mit genauer Adresse festzustellen. Wenn irgend möglich, muß versucht werden, von jedem dieser Leute eine Photographie zu beschaffen. Das gesamte Adressenmaterial, Photos usw., ist über den Gau an den „Sonderdienst“ weiterzuleiten (Abteilung I V. B. 11 München). Die Hauptsache ist schon, wenn nur geknipst ist; das übrige erledigt dann die technische Abteilung. Ist der Arbeitgeber Pg., so steht demselben das Recht zu, dauernd auf dem laufenden gehalten zu werden. Auf diese Weise ist es möglich, daß die einzelnen Betriebe nach und nach von all den schädlichen Elementen gesäubert werden und eine große Anzahl unserer Pgs. in den Betrieben Arbeit finden wird. Auch dürfte solches Adressenmaterial nach unserer Machtergreifung von großer Bedeutung sein, um mit den Feinden des deutschen Volkes ein für allemal aufzuräumen. Daß die Beschaffung dieses Materials natürlich äußerster Vorsicht bedarf, braucht nicht näher erörtert zu werden.

Wichtig ist noch, die Herren Pgs.-Arbeitgeber darauf hinzuweisen, daß bei eventuellen Lohnsenkungsaktionen eine nationalsozialistische Belegschaft der wirtschaftlichen Lage immer ein anderes Verständnis entgegenbringen würde, als eine marxistisch verhetzte.“

Proleten, erkennt, was hier geplant wird. Gebt diesen Burschen im Betrieb die ihnen gebührende Antwort. Schließt die Reihen gegen die Faschistenbrut.

## Berliner Kirchaustritt 1930

Nach den Berichten des statistischen Amtes der Stadt Berlin wurden im Jahre 1930 bei den Berliner Amtsgerichten 66 635 Kirchaustrittserklärungen abgegeben und zwar:

Evangelische	32 269 Männer	26 986 Frauen
Katholiken	3 712 Männer	3 032 Frauen
Juden	354 Männer	232 Frauen

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung ist die 25. Beitragswoche fällig.

Druck: A. Janiszewski GmbH., Berlin S O 36, Elisabethufer 23.

gegründet, die Spitzenvereinigung aller syndikalistischen Gewerkschaften Spaniens. Ihr gegenüber steht heute die reformistische Union general del trabajadores, die UGT., diese ist die offiziell anerkannte Organisation. Sie war es auch unter der Diktatur Primo de Riveras. Sie wird geschützt und gefördert und vertritt Spanien im internationalen Arbeitsamt.

Die CNT. wird von der Bourgeoisie als revolutionäre Organisation, als eine höchst gefährliche Bewegung betrachtet, rücksichtslos bekämpft und unterdrückt. Gerade deswegen ist sie die stärkste Organisation Spaniens, während die reformistischen Gewerkschaften etwas über 200 000 Mitglieder haben, hat die CNT. mehr denn 700 000.

Spanien ist ein ausgesprochenes Agrarland. 60 Proz. der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig.

Die Landwirtschaft Spaniens beruht auf feudalistischer Grundlage. Die 50 Millionen Hektar Boden, die die Fläche Spaniens ausmachen, sind knapp zu zweidrittel bebaut, während 19 Millionen unbebaut liegen und nur für die aristokratischen Besitzer zu Jagdgehöggen, Wiesen für Stierzucht benutzt werden. Es gibt ca. 3000 Güter in Spanien. Diese 3000 Gutsbesitzer beschäftigen mehr denn 5 Millionen Landarbeiter.

Neben diesen gibt es eine Reihe Kleinpächter, die von den Gutsbesitzern einen Teil der Bodenfläche pachten. Trotzdem Spanien ausgesprochen Agrarland ist, ist es wegen der feudalistischen Zustände nicht in der Lage, seinen Bedarf an Getreide und sonstigen Produkten zu decken. — Es führt für ca. 500 Millionen RM jährlich an Getreide, Baumwolle und Tabak ein.

Klein- und Mittelbauern gibt es sehr wenige.

Große Teile der Landarbeiter, die unter den elendsten Bedingungen für die Gutsbesitzer schuften müssen, strömen zu den syndikalistischen Gewerkschaften.

(Schluß folgt.)